

# Unsoziale Geldverschiebung

## Erneuerbare Energien verlieren an Akzeptanz und belasten die einfachen Bürger

16 Jahre nach dem Start des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) kann niemand mehr leugnen: Ökostrom spaltet die Republik in Glücksritter, die sich von Staats wegen die Taschen vollstopfen können, weil sie ein Hausdach in Richtung Sonne besitzen oder eine Wiese für ein Windrad haben, und in Habenichtse, die leer ausgehen. Inzwischen zahlen die Strombürger 26 Milliarden Euro – pro Haushalt und Jahr rund 350 Euro – für eine Energiewende, die nach Fukushima einst von einer breiten Mehrheit mitgetragen wurde und deren Akzeptanz jetzt immer mehr bröckelt. Längst hat sich herumgesprochen, dass Biogas das pure Gegenteil von „Öko“ und schuld an der Nitratbelastung unserer Böden ist, und dass Solarzellen nach 30 Jahren Betriebsdauer noch immer nicht den Umweltschaden ausgeglichen haben, der bei ihrer Produktion entsteht. Nur an 20 Prozent der heutigen Standorte arbeiten sie ohne Subvention rentabel. Selbst mit Windrädern verbinden Bürger neuerdings eher Begriffe wie Schlagschatten, Lärmbelästigung und Landschaftsverwundung als Nachhaltigkeit.

Die Energiewende läuft aus dem Ruder, benachteiligt den Mittelstand zu Gunsten der Großindustrie und sorgt zu allem Überfluss für Ärger mit Nachbarländern. Weil wir Strom aus Wind und Sonne subventionieren – wie China seine Stahlproduzenten – überfluten wir den europäischen Markt mit Billigstrom, sodass selbst Schweizer Wasserkraftwerke – die nachhaltigste Art der Energieerzeugung – abgeschaltet werden müssen.

Jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, weiß, dass man die Kräfte des Marktes nur vorübergehend durch Anreize in die „richtige“ Richtung lenken, aber nicht dauerhaft ausschalten kann. Da hilft es wenig, sich die grüne Öko-Welt schön zu reden und zu glauben, der Bürger ist so dumm, er merkt die Schieflage dieser milliardenschweren und vor allem unsozialen Geldverschiebung nicht. 56 Euro zusätzlich an EEG-Umlage für einen Vier-Personen-Haushalt mögen für Abgeordnete und Minister Peanuts sein, für viele Bürger sind sie es nicht. Wer ihnen überhöhte Rechnungen schickt, bekommt die Quittung – spätestens am Wahltag. *Margret Kiosz*